

metall

Dein Magazin

Jahrgang 74 | Mai/Juni 2022 | D 4713 | igmetall.de/metall



Solidarität ...

... auch mit Natalya, Tatjana und Elena von ArcelorMittal in Kriwiy Rih, die das Stahlwerk am Laufen halten, während die Männer die Ukraine als Soldaten verteidigen.



Foto Titel und Seite 2: Wiktor Bilyk/ArcelorMittal Kriwiy Rih

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14. April 2022 Sich zu Hause fühlen von Anfang an: Metaller Lars Schulz und seine Frau Magdalena haben ihre Haustür dekoriert, bevor ihre Gäste aus der Ukraine angekommen sind. Foto: Lena MuchaEditorial



Sich zu Hause fühlen von Anfang an: Metaller Lars Schulz und seine Frau Magdalena haben ihre Haustür dekoriert, bevor ihre Gäste aus der Ukraine angekommen sind. Foto: Lena Mucha

Solidarität mit der Ukraine: Gemeinsam helfen in der Not



*Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall
Foto: Frank Rumpenhorst*

Während ich das Editorial schreibe, führt Putin den Angriffskrieg gegen die Ukraine mit unverminderter Härte fort. Die Bilder aus den zerbombten ukrainischen Städten und das Leiden der Menschen sind unerträglich. Der Appell aus Politik, Gesellschaft, von den Sozialpartnern und Millionen von Bürgerinnen und Bürgern überall auf der Welt an Putin und

die russische Führung Beenden Sie sofort alle Kriegshandlungen in der Ukraine! bleibt bis heute ohne Wirkung.

Für die Solidargemeinschaft IG Metall ist das kein Grund, tatenlos zu bleiben. In dieser metall-Ausgabe lest Ihr, dass Metallerinnen und Metaller helfen, wo und wie sie es vermögen: Zu Kriegsbeginn sammelten sie Spenden, brachten sie an die polnisch-ukrainische Grenze, jetzt haben sie Geflüchtete bei sich aufgenommen, helfen ihnen dabei, Arbeit in Deutschland zu finden.

Nun zahlt sich aus, dass die IG Metall international so stark vernetzt ist: So organisierte beispielsweise ein Stahlwerk in Bremen einen Hilfstransport zum Schwesterstahlwerk in Kriwij Rih. Den Kontakt stellte der Betriebsrat des Bremer Werks her.

Der Krieg in der Ukraine treibt die Inflation durch höhere Energie- und Lebensmittelpreise. Gerade untere und mittlere Haushaltseinkommen sind besonders belastet. Die bisherigen Pakete zur Entlastung der Bürger reichen nicht aus. Nicht nur der Sprit, auch Gas und Strom müssen bezahlbar bleiben.

So fordern wir gemeinsam mit 10 000 Betriebsräten und betrieblichen Interessenvertreterinnen und -vertretern die Bundesregierung auf: Runter mit den Energiepreisen! Entlastet die Haushalte sozial gerecht! Verhindert aber auch Spekulationen und Preistreiberei bei Energie, Rohstoffen und Lebensmitteln, wie wir sie gerade erleben.

»GeMAInsam Zukunft gestalten« heißt das Motto der DGB-Gewerkschaften zum 1. Mai 2022. Lasst uns an diesem 1. Mai gemeinsam für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden sichtbar werden!

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'J. Hofmann', written in a cursive style.

Leserinnen und Leser meinen



»Es ist allgemein bekannt, dass die Alterssicherung aus der gesetzlichen Rentenversicherung insbesondere für Frauen aufgrund ihrer Erwerbs- und Lebensbiografien auf wackeligen Füßen steht. Die im Artikel skizzierten Ergänzungen sind nur Tropfen auf den heißen Stein und beschränkte Verbesserungen zu einer lebensstandardsichernden Altersversorgung. Es gibt in Europa deutlich bessere Versorgungsalternativen, zum Beispiel das 2004 realisierte umlagefinanzierte Altersversorgungssystem in Österreich. Es stellt den Rentnern nach 45 Jahren im Alter von 65 eine Altersversorgung von 80 Prozent ihres letzten Einkommens sicher.«

Rolf Homeyer, Hannover, zu »Alterssicherung: Worauf Frauen achten sollten«, metall 3/4 2022

Gier sanktionieren

METALL 1/2 2022

»Ampelkoalition im IG Metall-Check«

Mich stört, dass die sozialen Lasten immer stärker auf die Schultern der Schwächsten drücken, während Gewinne aus Kapital und Eigentum geschont werden. Wie wäre es, wenn faire Unternehmenspolitik belohnt und Gier sanktioniert wird? Zum Beispiel so: Zur Steuerberechnung wird der Unternehmensgewinn auf die sozialversicherungspflichtig geleistete Arbeitszeit umgelegt. Wer für viel reguläre Beschäftigung sorgt, zahlt weniger Steuern. Wer Leute entlässt, um den Profit zu steigern, zahlt mehr. Auf diese Weise wäre ein Automatismus geschaffen, der Unternehmen nicht in ihrer freien Entscheidung gängelt, jedoch diejenigen steuerlich entlastet, die sich ihrer sozialen Verantwortung stellen.

Hans-Peter Schulz, Diedorf

Kohlezechen auf Stand-by

METALL 1/2 2022

»Wasserstoff sichert Jobs«

Wir hätten unsere Kohlezechen auf Stand-by halten sollen, um sie jederzeit als Rohstoffquelle zur Verfügung zu haben. Wie kann es sein, dass man Kraftwerke abschaltet und noch nicht genügend erneuerbare Energien zur Verfügung hat? Das ist so, als ob man den Wintermantel mitten im Schneesturm wegschmeißt, weil er dreckig geworden ist.

Bernd Zasadni, Söhlde

Etwas mehr Tinte

METALL 3/4 2022

»Kraftriegel für Malocherinnen: die Currywurst«

Das Rezept für die Currywurst ist eine gute Idee. Allerdings wundert es mich, dass es gemäß der Überschrift nur für Malocherinnen ist. Erst im Text werden auch die Malocher angesprochen. Wenn schon, dann sollte richtig gegendert werden. Oder am besten wie bisher mit etwas mehr Tinte Malocherinnen und Malocher schreiben.

Frank Umbreit, per E-Mail

Gegenwehr aktiv fördern

METALL 3/4 2022

»Fieser Chef trifft auf mutige Frau mit IG Metall im Rücken«

Dieser Artikel ist gut – und in diesem Fall scheint auch der Betriebsrat gut zu sein. Leider ist das nicht immer so. Aber bei den anstehenden Betriebsratswahlen können die Beschäftigten ja Betriebsräte wählen, die wie dieser richtig gehandelt haben. Voraussetzung ist natürlich, dass die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sich wehren (wollen) und wie in diesem Fall von den zuständigen Gewerkschaftssekretärinnen oder -sekretären kompetent unterstützt werden. Das müssen wir als IG Metall aktiv fördern. Herzlichen Dank für die Beschreibung!

Gerd Brücker, Frankfurt am Main

Voll auf die Zwölf

METALL 3/4 2022

Eine starke Nummer für starke Frauen (und Männer) ist das. Journalistisch voll auf die Zwölf, schöne Lesegeschichten, es menschtelt – auch auf den Serviceseiten. Einziger Kritikpunkt: Ich finde, Ihr solltet die kurzen Meldungen nicht so weit hinten im Heft verstecken. Ansonsten: Weiter so!

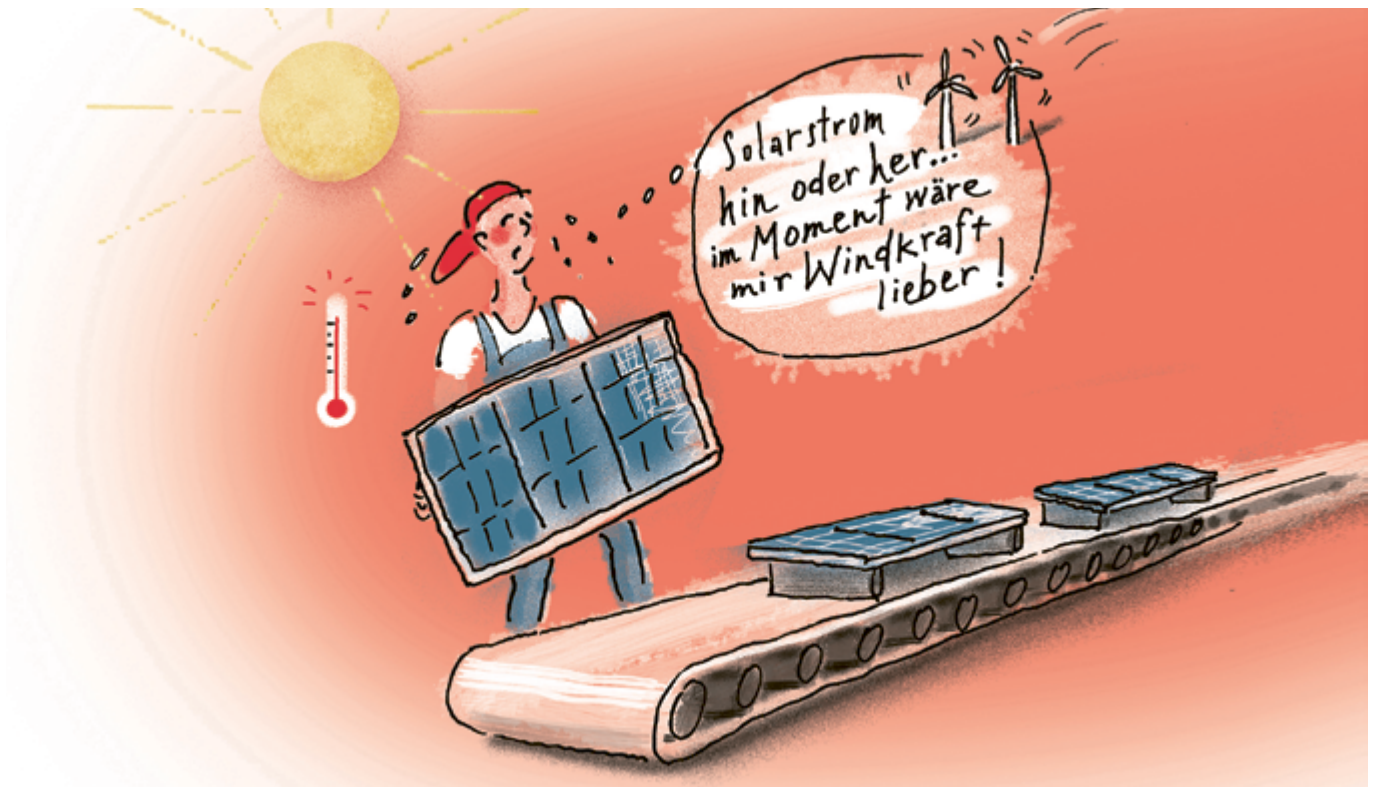
Michael Knoche, per E-Mail
Deine IGM

Wenn der Arbeitsplatz zur Sauna wird

GESUND IM BETRIEB

Wenn das Thermometer mehr als 26 Grad Celsius zeigt, wird die Arbeit im Büro oder in der Werkshalle für viele zur großen Belastung. Wichtig ist deshalb, rechtzeitig Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten zu treffen. Wir zeigen, wo der Arbeitgeber in der Pflicht ist und was Beschäftigte tun können.

Von Martina Helmerich



Beschäftigte können zwar nicht hitzefrei nehmen, aber vom Arbeitgeber geeignete Schutzmaßnahmen fordern. Illustration: Eva Haak

Schon im Frühsommer kann es am Arbeitsplatz unangenehm heiß werden. Das betrifft häufig besonders Arbeitsplätze in der Produktion, an denen die Tätigkeit auch das Tragen von Sicherheitskleidung erfordert. Aber auch nicht jedes Büro verfügt über eine Klimaanlage. Starke Hitze nimmt das Herz-Kreislauf-System erheblich in Anspruch. Da der Körper einen Teil seine Energie darauf verwendet, die Hitzebelastung zu kompensieren, wird auch die Aufmerksamkeit beeinträchtigt. Die Unfallgefahr nimmt zu. Bei sehr großer Hitzebelastung kann es im schlimmsten Fall sogar zu einem Hitzschlag kommen.

Hitzebelastungen am Arbeitsplatz sind also keine Bagatelle. Deshalb ist es dem Arbeitgeber gesetzlich vorgeschrieben, Schutzmaßnahmen zu treffen, bevor die sommerliche Hitzewelle kommt.

Dazu gehört, mithilfe der Gefährdungsbeurteilung dafür zu sorgen, dass Gesundheitsgefährdungen durch zu hohe Temperaturen rechtzeitig erkannt und beseitigt werden. Macht er das nicht, sollten die Beschäftigten mithilfe ihrer Betriebsräte geeignete Maßnahmen vom Arbeitgeber verlangen. Klar ist: Mangelt es an Arbeitsschutzmaßnahmen, darf in bestimmten Räumen nicht weitergearbeitet werden. Sich selbst hitzefrei nehmen dürfen Arbeitnehmer bisher aber nicht.

Das können Beschäftigte tun

Beschäftigte sollten den Betriebsrat dabei unterstützen, mit dem Arbeitgeber Maßnahmen zu vereinbaren und umzusetzen. Dazu können sie etwa ein Thermometer am Arbeitsplatz aufstellen und sich an den Betriebsrat wenden, wenn die Raumtemperatur 26 Grad Celsius überschreitet. Ganz wichtig: ausreichend trinken. Alle 20 Minuten in kleineren Mengen trinken und lieber Getränke lauwarm statt eisgekühlt zu sich nehmen.

Gute Arbeit hat klare Regeln, Besonders bei Hitze

Grundlage sind die festgelegten Grenzwerte und Arbeitsschutzmaßnahmen der Technischen Regeln für Arbeitsstätten Raumtemperatur (ASR A3.5)

Raumtemperatur darf außer bei Hitzearbeit 26 °C nicht überschreiten.

Wenn die Außentemperatur über 26 °C beträgt und die Raumtemperatur über 26 °C steigt, muss der Arbeitgeber für gesundheitlich Vorbelastete oder bei schwerer Arbeit für Entlastung sorgen.

Über 30 °C muss er weitere Maßnahmen ergreifen.

In Räumen über 35 °C darf nicht gearbeitet werden, es sei denn, der Arbeitgeber legt geeignete Schutzmaßnahmen wie Hitzepausen fest.

Maßnahmen sind: Sonnenschutz wie Rollos, Jalousien, Gardinen. Ventilatoren bereitstellen. Effektiv Lüften. Wärmequellen entfernen. Getränke bereitstellen. Arbeitszeiten und Bekleidungsregeln anpassen. Luftdurchlässige, leichtere Kleidung prüfen. Mehr Pausen einlegen.

Politik & Gesellschaft

Gute Schulden, schlechte Schulden

FINANZPOLITIK

Schulden zu machen gilt in Deutschland als anrühlich. Doch Staaten sind keine schwäbischen Hausfrauen und sparen kann auch arm machen. Ein Lob aufs Geldausgeben.

Von Simon Che Berberich



Sanierungsfall: Mancher Blick in öffentliche Schulen zeigt, dass der Staat kräftig investieren muss. Foto: Alessandra Schellnegger/SZ Photo/pa

Sie trägt eine Kittelschürze, putzt viel und legt größten Wert auf Sparsamkeit: So sieht das Idealbild der »schwäbischen Hausfrau« aus.

In der Politik macht die schwäbische Hausfrau seit Jahren Karriere – als mahnendes Beispiel. Sie taucht immer dann auf, wenn es darum geht, ob der Staat neue Schulden machen darf.

Das Schöne daran: Die schwäbische Sparsamkeit – nicht mehr ausgeben als man einnimmt – leuchtet unmittelbar ein. Sie ist im besten Sinne populistisch.

Das Problem: Für den Staat als Ganzes ist es fatal, sich an den Tugenden der schwäbischen Hausfrau zu orientieren. Der Staat ist kein Privathaushalt – und er muss seine Schulden auch nicht bis zum Renteneintritt abbezahlen. Beispiel Investitionen: Soll sich der Staat verschulden, um Straßen, Brücken, Schulen oder Krankenhäuser zu bauen oder zu sanieren?

»Ja!«, sagt Sebastian Dullien, Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. »Wer Kredite für die Infrastruktur aufnimmt, wirft das Geld nicht zum Fenster raus. Im Gegenteil: Solche Investitionen schaffen Werte. Das Vermögen des Staates steigt.« Lässt der Staat sein Vermögen dagegen verkommen, schadet das langfristig der Volkswirtschaft. Es kostet Wachstum und Zukunftschancen, wie sich aktuell an der A 45 beobachten lässt (siehe metall März/April 2022).

Für die Industrie sind staatliche Investitionen zurzeit besonders wichtig. Der Umbau zur klimafreundlichen Produktion läuft, kostet aber Milliarden. Ohne Unterstützung könnte es zu Pleiten und Abwanderung von Unternehmen kommen.

Flankiert der Staat den Wandel dagegen, wird Deutschland am Ende einen Wettbewerbsvorteil haben: eine grüne, zukunftsfähige Industrie. Und deutlich niedrigere Ausgaben für Öl und Gas.

Wie gefährlich die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist, führt der Krieg in der Ukraine brutal vor Augen. Deutschland hängt am Tropf Russlands und anderer autokratischer Staaten und finanziert diese damit. Erneuerbare Energien gehören niemandem. Keiner kann sie als politische Waffe einsetzen.

Ein schneller und massiver Ausbau von Windkraft und Solarenergie kostet erst einmal Geld. Mittel- und langfristig wird er sich rechnen. Schon heute wirken Wind- und Solarstrom preissenkend.

»Kluge Investitionen schaffen die Voraussetzungen für den Wohlstand von morgen«, sagt Ökonom Dullien. Er sieht die Kredite dafür auch nicht als Last für künftige Generationen. »Im Gegenteil: Die Folgeschäden unterbliebener Investitionen wären eine weit höhere Belastung für die junge Generation.« Dass der Staat die Schuldenbremse eingehalten hat, wäre dann ein schwacher Trost. Durch den Krieg in der Ukraine stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Schuldenbremse mit neuer Dringlichkeit. Die Heiz- und Spritkosten gehen durch die Decke. Beschäftigte und Berufspendler brauchen Entlastung – keine verbissene Haushaltspolitik.

Weil Investitionen Wachstum schaffen, relativiert sich die Staatsverschuldung ohnehin. Staatsschulden werden immer im Vergleich zur Wirtschaftsleistung gemessen. Wenn die Wirtschaft wächst, sinkt die Schuldenquote automatisch. Solange die Zinsen weiter negativ oder extrem niedrig sind, kann sich Deutschland fast zum Nulltarif verschulden. Zukunftsinvestitionen versprechen so eine Rendite, die weit über den Kreditkosten liegt.

Fazit: Die Bundesregierung sollte kräftig investieren, auch auf Pump. Und sie sollte sich keine Sorgen wegen der Staatsverschuldung machen, sondern darum, der kommenden Generation eine zukunftsfähige Infrastruktur, eine krisenfeste Energieversorgung und gute Arbeitsplätze zu verschaffen.



»Wer Kredite für die Infrastruktur aufnimmt, wirft das Geld nicht zum Fenster raus.«

Sebastian Dullien, Ökonom der Hans-Böckler-Stiftung

Foto: Peter Himsel

TITEL**Solidarität mit der Ukraine:
Gemeinsam helfen in der Not**

Der Krieg in der Ukraine wütet, ganze Landstriche sind zerbombt, Millionen Menschen sind traumatisiert und auf der Flucht. Um die Not zu lindern, packen Metallerinnen und Metaller mit an. So wie Willi, Astrid, Lars und Magdalena.

Von Simon Che Berberich, Martina Helmerich und Jacqueline Sternheimer



Im zerstörten Borodjanka am 6. April: Eine Bewohnerin ist im Stadtzentrum unterwegs, um sich mit dem Nötigsten zu versorgen. Vom Wohnblock im Hintergrund steht seit einem Luftangriff nur noch das Gerippe. Foto: Sascha Klymenko

Serhii und seine Frau Sascha sind mit ihren beiden Kindern aus Makariw geflohen. Mehrere Tage hatten sie sich vor den Raketen und Artilleriegeschossen im Keller versteckt. Dann wagten sie die Flucht im Auto über Polen nach Deutschland. Serhii durfte mit ausreisen, weil die Kinder wegen einer Hauterkrankung medizinische Hilfe benötigen.

Jetzt hat die junge Familie Unterschlupf gefunden bei Willi und Astrid Diebitsch. Die beiden sind Metaller und leben in Berlin-Reinickendorf. »Willi und Astrid waren unsere Rettung. Dass sie uns und unseren Kindern ein sicheres Dach über dem Kopf geben, werden wir nie vergessen«, sagt Sascha. Und dann berichtet sie aus der Heimat: »Die russischen Truppen haben unser Dorf nach drei Wochen Besatzung inzwischen verlassen. Vieles ist dort zerstört, auch der Kindergarten und die Schule unserer Kinder.« Ihr Haus wurde beschossen und geplündert. Im Nachbarort wurden der Bürgermeister und seine Familie auf brutale Weise umgebracht.

Milana, die Sechsjährige, und Vladyslav, sieben Jahre, können damit beginnen, die Schrecken der Flucht zu verarbeiten. Astrid bringt den Kindern Klavierspielen bei. Sie und Willi kümmern sich um ihre Gäste, als gehörten sie zur Familie.

In Friedenszeiten hat Serhii in der Ukraine Software für Unternehmen entwickelt. Sein Gastgeber Willi hat deshalb gleich nach seiner Ankunft den Kontakt zu Alstom in Hennigsdorf hergestellt, wo Willi als Zulassungsingenieur arbeitet. Serhii hat gute Aussichten, dort demnächst anzufangen. Ein erstes Vorstellungsgespräch verlief vielversprechend.

Bis es so weit ist, lernt er Deutsch und macht sich nützlich, wo er kann. Er richtet gespendete Laptops her, die Willi von seinem Betrieb mitgebracht hat. Wenn die Geräte problemlos laufen, werden sie an andere Ukrainer verteilt. Serhii geht es wie vielen der Geflüchteten: Sie wollen arbeiten. Und das dürfen sie auch. Sie erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, die es ermöglicht, unmittelbar eine Arbeit in Deutschland aufzunehmen. Die IG Metall fordert, dass Geflüchtete entsprechend ihrer Qualifikation eine Beschäftigung finden. Dazu müssen berufliche Abschlüsse zügig anerkannt werden. Gleichzeitig brauchen die Menschen Sprach- und Integrationskurse, aber auch Kinderbetreuung.



Beim Spielen die Erfahrungen der Flucht vergessen: Willi Diebitsch und seine Frau Astrid (links) haben seit März eine junge Familie aufgenommen: die sechsjährige Milana, Mutter Sascha, Sohn Vladyslav und Vater Serhii. Foto: Lena Mucha

Auf einmal Familienzuwachs

Auch Lars Schulz hat nicht lange überlegt. Die Bilder vom Krieg in der Ukraine ließen ihn nicht mehr los. Der Industriemechaniker wohnt mit seiner Frau Magdalena, einer gebürtigen Polin, und dem sechs Jahre alten Sohn in Diemelstadt- Rhoden in einem alten Fachwerkhaus. Lars ist Bildungskordinator für den Betriebsrat von VW Baunatal und berät Kolleginnen und Kollegen rund um den Bildungsurlaub. »Magdalena und ich helfen immer gern«, sagt Lars. »Schon 2015 haben wir uns für die Flüchtlinge aus Syrien engagiert. Jetzt haben wir zuerst mit Medikamenten und Sachspenden geholfen. Später wurde uns klar, dass wir mehr tun wollen. Zum Glück war die Ferienwohnung in unserem Haus frei und wir konnten sie sofort einer Familie aus Kiew zur Verfügung stellen.«

Insgesamt hat das Ehepaar Schulz es geschafft, seit März 23 Geflüchtete unterzubringen, darunter eine Mutter mit fünf Kindern und eine junge Frau mit Baby. Als sie in dem Ort in Nordhessen ankamen, flossen Tränen der Erleichterung, endlich wieder ein Zuhause zu haben. Die Aufnahme der Ukrainer hat sich im Ort herumgesprochen. Eine Bäckerin aus Diemelstadt bringt ihnen regelmäßig einen großen Korb Backwaren und Mehl vorbei, das Magdalena mit den Frauen zu ukrainischem Gebäck verarbeitet.

Große Hilfsbereitschaft in vielen Metallbetrieben

Gleich zu Beginn des Ukraine-Krieges starteten Metallerrinnen und Metallerr in vielen Betrieben Hilfsaktionen. Eine initiierte der Bochumer Thomas Hay. Betriebsräte und Vertrauensleute von Betrieben wie dem Röhrenhersteller Europipe und Thyssen-Krupp Rothe Erde machten mit. In Medyka an der polnisch-ukrainischen Grenze verteilten sie zuvor besorgte Hilfsgüter: Medikamente, Babynahrung, Verbandszeug, Decken, Schlafsäcke, Hygieneartikel, Handtücher.

Der Hilfstransport der Belegschaft des Verpackungskonzerns Amcor dagegen lief über das Netzwerk des Europäischen Betriebsrats. Dessen Vorsitzender Dieter Hügler knüpfte mit seinen Betriebsratskollegen im Werk Teningen in der Nähe von Freiburg Kontakte ins Kriegsgebiet. Nudeln, Hygieneartikel, Windeln, H-Milch, Mineralwasser benötigten die Menschen besonders. Die Metallerr Paul Rodenfels und Peter Anderwald fuhren die Hilfsgüter direkt an die polnisch-ukrainische Grenze. Für den Hin- und Rückweg benötigten sie jeweils 17 Stunden.



Serhii im Gespräch mit seinem Gastgeber Willi Diebitsch: Der IT-Fachmann aus der Ukraine nutzt sein Können und repariert gespendete Laptops. Foto: Lena Mucha

Alexander Dimcevski wird die bedrückenden Bilder von den flüchtenden Ukrainerinnen und Ukrainern nie vergessen. Er war Fahrer bei einem weiteren Hilfstransport und sehr erleichtert, als die sechs Transporter und der 7,5-Tonner die Spenden am Sammelpunkt nur 30 Kilometer von der ukrainischen Grenze abgeladen hatten. Von dort wurde der Weitertransport der Hilfsgüter in die Ukraine koordiniert. »Das ganze Team war so glücklich, dass alles reibungslos funktioniert hat und dass wir so viel Material besorgen konnten, um den Menschen in der Ukraine zu helfen«, sagt der 23-jährige Chemiestudent, der aktuell ein Praktikum bei der IG Metall Kiel-Neumünster macht. Die Welle der Solidarität, die der Spendenaufruf auslöste, beeindruckte alle Beteiligten. »Am Mittwochmorgen trafen die ersten Kisten mit Spenden ein, am Abend war das Foyer des Gewerkschaftshauses so voll, dass man nicht mehr zum Fahrstuhl durchkam«, sagt Alexander.

Als Jarod Fiedler, Jugend- und Ausbildungsvertreter bei Thales, von dem Aufruf hört, will auch er etwas beitragen. Da er selbst nicht über die passenden Sachspenden verfügt, startet der Auszubildende kurzerhand eine Spendenaktion im Betrieb und im Bekanntenkreis. Mit den 1300 Euro, die er nach drei Tagen gesammelt hat, kauft er einen Generator, über 60 Erste-Hilfe-Sets und andere technische Ausrüstung. »Ich wollte auch etwas tun«, sagt er. Auch Jarods Spenden sind unter den Hilfsgütern, die Alexander nur kurze Zeit später an die Grenze bringt.

Ein historisch hoch belasteter Ort in Polen war das Ziel der Hilfsaktion der IG Metall Celle-Lüneburg. Eigentlich wollte eine Gruppe von jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern im Sommer ihre lang geplante Bildungsreise zur

Jugendbegegnungsstätte Oświęcim (Auschwitz) machen. Sie wurde wegen des Krieges abgesagt.

In der Begegnungsstätte werden jetzt Geflüchtete aufgenommen – ganz im Sinne ihres humanitären Leitmotivs. »Wir konnten bereits über 140 Geflüchtete aus der Ukraine aufnehmen und es werden noch mehr«, sagt Stanisława Piotrowska von der Jugendbegegnungsstätte. Von Waschpulver bis Medikamente wird alles gebraucht. Genau das hat die IG Metall Celle-Lüneburg gesammelt und mit Transportern in die südpolnische Stadt gebracht.

1000 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt liegt die Stadt Kriwij Rih. Sie ist geprägt von Bergbau und Schwerindustrie. Größter Betrieb ist das Stahlwerk, das zum ArcelorMittal-Konzern gehört. Zu Friedenszeiten arbeiten dort und in Nebenbetrieben 19 000 Menschen. Ein Drittel davon sind Frauen. Aktuell sind es gerade die weiblichen Beschäftigten, die den Betrieb des Stahlwerks am Laufen halten. So wie Natalya Marynyuk, die resolute Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft von ArcelorMittal Kriwij Rih.

Am ersten Tag der russischen Invasion richtete sie einen flammenden Appell an die geschockten, weinenden Beschäftigten: »Wir müssen anpacken und unseren Leuten helfen, die eingezogen werden.« Etwa 1600 männliche Beschäftigte des ukrainischen Stahlwerks sind an der Front. Einige sind bereits gefallen. Über den Gewerkschaftsdachverband IndustriALL Global, dessen Präsident der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann ist, bat Natalya um Hilfe. Mitglieder der IG Metall reagierten umgehend.

Betriebsrat Daniel Tech sammelte mit seinem Kollegen Mike Böhlken bei ArcelorMittal Bremen Geld für Notstromaggregate, Powerbanks und Verbandsmaterialien. Die Hilfsgüter brachten sie selbst in zwei Touren an die polnisch-ukrainische Grenze. »Ich habe gelernt, dass nichts selbstverständlich ist. Dass Du etwas besitzt, Dir etwas gehört, dass Du eine Arbeit hast – das ist alles nicht selbstverständlich«, sagt Mike.



Mit den Spenden von ArcelorMittal Bremen versorgen Natalya, Tatjana und Elena ihre Kollegen vor Ort in Kriwij Rih. Foto: Wiktor Bilyk/ArcelorMittal Kriwij Rih

Beeindruckt hat die Metaller aus Deutschland besonders der Durchhaltewillen der Frauen im Stahlwerk. Gewerkschafterin Natalya kümmert sich in Kriwij Rih darum, dass junge Frauen mit Kindern in Sicherheit gebracht werden und weit weg von der Front bei ArcelorMittal-Familien in Deutschland unterkommen. Mit Daniel und Mike hat Natalya weitere Hilfslieferungen vereinbart. So werden Schlafsäcke gebraucht für die Kollegen, die an der Front sind. »Die Nächte sind noch immer eiskalt.« Auch Stirnlampen und Verbandskästen werden gebraucht, um Verwundete schnell zu versorgen. Zusammen mit ihren Kolleginnen, der Betriebsrätin Elena Pantyuch und Tatjana Prizkau, kämpft Natalya darum, dass die Hochöfen des Stahlwerks in Kriwij Rih möglichst bald wieder anlaufen und produzieren, denn die Menschen brauchen Arbeit.

Das Engagement von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern im Ukraine-Krieg ist beispielhaft. In Deutschland und im Kriegsgebiet sind seit Kriegsbeginn viele grenzüberschreitende Initiativen entstanden. In der Not erweist sich die jahrelange Zusammenarbeit von Metallerinnen und Metallern über europäische Betriebsräte und Gewerkschaftsnetzwerke als besonders wertvoll. Die Kontakte sorgen dafür, dass Hilfe dort ankommt, wo sie benötigt wird. »Eure Hilfe und Unterstützung machen uns Mut und geben Hoffnung in einer schweren Zeit«, sagen Natalya, Tatjana und Elena entschlossen. »Wir sind sehr dankbar und wir geben nicht auf.«

Spenden und Hilfe für Geflüchtete

Zeichen der Menschlichkeit in schwierigen Zeiten:

Wer helfen will, kann dies über das Spendenkonto des DGB tun: Empfänger: Gewerkschaften helfen e.V., Nord LB, IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90, BIC: NOLADE2HXXX, Stichwort: »Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe«

Unterkunft anbieten und finden

Mieterinnen und Mieter, aber auch Eigentümerinnen und Eigentümer können ihre Unterkunft auf dieser Plattform anbieten: unterkunft-ukraine.de

Wichtig bei Untervermietung: Bei der Aufnahme von Geflüchteten bis zu acht Wochen ist keine Erlaubnis des Vermieters erforderlich. Infos dazu vom Berliner Mieterverein unter berliner-mieterverein.de

Hilfeportal der Bundesregierung

Das mehrsprachige Hilfeportal des Bundesinnenministeriums liefert Infos rund um Arbeit, Studium und Soziales sowie zu aufenthaltsrechtlichen Fragen: germany4ukraine.de

»Es wird dauern, bis es in der Ukraine sicher genug ist, dass wir heimkehren können.«

Serhii, IT-Spezialist, aus Makariw bei Kiew

»Morgens trafen die ersten Kisten mit Spenden ein, am Abend war das Foyer des Gewerkschaftshauses so voll, dass man nicht mehr zum Fahrstuhl durchkam.«

Alexander Dimcevski, Student, Ehrenamtlicher, Kiel

Mehrmals am Tag Luftalarm

Produktion und Logistik sind eine große Herausforderung



Die Leoni-Belegschaft in der Westukraine arbeitet freiwillig unter dramatischen Umständen. Es gibt regelmäßig Luftalarm. Immer wieder müssen die Beschäftigten, die meisten davon Frauen, in den Luftschutzbunker und dort mehrere Stunden ausharren. Die Aufnahme stammt aus der Zeit vor dem Krieg. Foto: Alona Nikolaievych/Avalon/Photoshot/pa

Die Folgen des Krieges in der Ukraine bremsen die Wirtschaft aus. Die steigenden Energiepreise belasten die Verbraucher und führen zu massiv steigenden Produktionskosten im verarbeitenden Gewerbe. Im Rahmen der Sanktionen haben deutsche Unternehmen ihre Russlandaktivitäten gestoppt.

Die einseitige Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten wirkt sich für Deutschland nachteilig aus. Auch bei bestimmten Zulieferprodukten sind die Unternehmen auf Russland angewiesen. So bezog die Stahlindustrie ihre Einblaskohle bisher zu 100 Prozent aus Russland und ist jetzt auf der Suche nach anderen Lieferanten.

Ein anderes Beispiel ist die Automobilindustrie: In der EU stammt jeder siebte verbaute Kabelbaum aus der Ukraine. Die Ukraine ist wegen ihres vergleichsweise niedrigen Lohnniveaus ein attraktiver Montagestandort. Kabelbäume sind aufwendige Komponenten, die viel Handarbeit erfordern. Bei Kabelbäumen gibt es keine großen Lagerbestände, weil sie oft kundenspezifisch und just in time hergestellt werden. Besonders Deutschland ist von Kabelbäumen und deren Komponenten aus ukrainischer Herstellung abhängig. Fast die Hälfte der in der Ukraine produzierten Kabelbäume geht direkt nach Deutschland.

Wiederanlauf nach sechs Tagen Pause

In der Ukraine gibt es zwei Standorte des Nürnberger Automobilzulieferers Leoni für die Produktion von Kabelbäumen. Unmittelbar nach dem Beginn der russischen Invasion standen die beiden Werke in Stryj und Kolomyia in der Westukraine still. Trotz der Ausnahmesituation schafften es die Beschäftigten in diesen ukrainischen Zulieferbetrieben, die Produktion schon nach sechs Tagen wieder aufzunehmen und seitdem aufrechtzuerhalten. Inzwischen wird wieder in zwei Schichten gearbeitet. Zwei Drittel der 7000 Beschäftigten bei Leoni in der Ukraine sind Frauen. Sie denken an die Zeit nach dem Krieg und bangen um ihre Arbeitsplätze.

Das Engagement der Beschäftigten ist beeindruckend. Die Belegschaft lässt sich von den Gefahren nicht abschrecken. An manchen Tagen wird mehrmals Luftalarm ausgelöst. Dann suchen die Beschäftigten Schutzräume in einem benachbarten Gebäude auf.

Auch der Transport ukrainischer Vorprodukte in den Westen ist derzeit eine große Herausforderung. Vor dem Krieg waren 30 Prozent der Lkw-Fahrer auf Europas Straßen Ukrainer. Nun dürfen Männer unter 60 Jahren wegen der Generalmobilmachung nicht über die Grenze fahren. Weil es nicht genügend Lkw-Fahrer gibt, kommen derzeit zu wenig Teile im Westen an. Das führt zu Produktionsausfällen bei mehreren Unternehmen in Deutschland.

Was sind die Lehren aus der jetzigen Krise? Klar ist, die Lieferketten müssen wieder stabilisiert werden. Betriebsräte müssen künftig bei der Risikobewertung stärker eingebunden werden. Das geschundene Land braucht Frieden, Solidarität und Hilfe beim Wiederaufbau. Die Menschen sind gerade jetzt auf Arbeitsplätze angewiesen.

Branchen & Betriebe

Auf Schicht mit dem Kollegen Cobot

DIGITALISIERUNG

In der Motorenfertigung bei Ford in Köln arbeiten Mensch und Maschine ohne Sicherheitszaun, quasi Hand in Hand. Das ist keine technische Spielerei, kein Rationalisierungsprogramm. Der kollaborierende Roboter unterstützt Beschäftigte mit körperlichen Beeinträchtigungen. Sie geben Tempo und Takt vor.

Von Jan Chaberny



Roboter werden seit vielen Jahrzehnten in der Automobilindustrie eingesetzt, allerdings meist hinter Gittern. Bei Ford in Köln ist das anders. Dietmar Brauner arbeitet Hand in Hand mit einem Roboter. Foto: Stephen Petrat

Ein Kollege? Quatsch, nein, ein Kollege, das könne man nun wirklich nicht sagen: »Ein Kollege, der gibt Widerworte«, sagt Dietmar Brauner. »Und so was macht der ja nicht.« Natürlich, das stimmt. Widerworte gibt es keine. Genau genommen gibt es überhaupt keine Worte. Niemals. Still und starr steht er neben Dietmar Brauner. Aber man darf sich nicht täuschen. Die beiden sind ein eingespieltes Team.

Das zeigt sich so: Dietmar greift zwei Magnetspulen aus einer Kiste, legt sie in eine Vorrichtung. Sobald er einen Knopf drückt, kommt der Roboter, presst die beiden Module fest in die Bohrungen des Stirndeckels am Motor. Anschließend schraubt Dietmar die beiden Magnetspulen fest. Wenn die letzte Schraube sitzt, läuft das Band mit dem Motorblock weiter zur nächsten Station. Und Dietmar greift erneut zwei Spulen aus der Kiste.

Es ist eine stille Choreografie, ein enges Zusammenarbeiten zwischen Mensch und Maschine, bei dem aber, das ist entscheidend, zu keiner Sekunde unklar ist, wer hier Tempo und Takt vorgibt. »Das bin ich«, sagt Dietmar Brauner. »Der Roboter, der Cobot, ist dazu da, mir schwere Arbeit abzunehmen. Meine Schulter will nicht so wie ich. Ich kann sie nicht belasten. Das ist alles.« Das ist nicht wenig. Es ist eine große Hilfe. 57 Jahre ist Dietmar Brauner alt. Seit 26 Jahren arbeitet er bei Ford in Köln. Erst lange Jahre im Presswerk, jetzt, seit drei Jahren, in der Motorenfertigung. »Meine Bandscheibe hat nicht mitgespielt, meine Schulter schmerzte, ich konnte nicht mehr im Presswerk arbeiten«, sagt Brauner. Die Arbeit an der Motorenlinie, an diesem neu eingerichteten robotergestützten Arbeitsplatz, ist eine Wohltat für den 57-Jährigen. »Jetzt habe ich keine Schmerzen mehr.

Darüber bin ich glücklich.«

Bis dahin war es ein weiter, manchmal mühseliger Weg. Rund ein Jahr haben Forschung, Entwicklung, Schulungen und Testläufe gedauert, bis Beschäftigter und Roboter, bis Mensch und Maschine reibungslos zusammenarbeiten konnten. »Roboter werden seit vielen Jahrzehnten in der Automobilindustrie eingesetzt«, sagt Ralf Kutzinsky. »Allerdings meist hinter Schutzvorrichtungen oder als Fahrroboter, die Materialien transportieren.« An diesem Arbeitsplatz ist das anders. Hier arbeitet der Roboter mit dem Menschen quasi Hand in Hand. »Er ist nicht durch eine Schutzeinrichtung abgetrennt.«

Anforderungen der Arbeitssicherheit

Kutzinsky arbeitet bei Ford im betrieblichen Gesundheitsmanagement im Motorenwerk. Er stimmt sich eng mit der Schwerbehindertenvertretung (SBV) ab und hat in den vergangenen Jahren maßgeblich das Projekt vorangetrieben. Und voranzutreiben war einiges. »Es geht nicht darum, einfach einen Leichtbauroboter an die Montagelinie zu stellen. Die Herausforderung war, den Arbeitsplatz so umzugestalten, dass die Anforderungen der Arbeitssicherheit berücksichtigt werden und dass Barrierefreiheit hergestellt wird.« Was das bedeutet? Nun, es bedeutet, dass sich Kutzinsky und sein Team zuerst nach geeigneten Arbeitsplätzen an der Montagelinie umgesehen haben: »Wir haben detaillierte Arbeitsplatzprofile erstellt. Wir haben die räumliche Situation am jeweiligen Arbeitsplatz angesehen und darauf geachtet, welche Tätigkeiten dort von den Kolleginnen und Kollegen auszuführen sind. Vor allem haben wir die Belastungen dokumentiert, die auf die Beschäftigten einwirken.«

Die Ergebnisse haben Kutzinsky und sein Team dann mit der SBV und der Werksärztin besprochen: Zusammen haben sie beraten, an welchem Arbeitsplatz durch den Einsatz eines kollaborierenden Roboters die Belastung um wie viel Prozent sinken kann – und welcher Kollege, welche Kollegin von dem Einsatz am meisten profitiert. »Wir haben uns dafür entschieden, mit dem Arbeitsplatz von Dietmar und seinem Kollegen zu starten. Das haben wir natürlich nicht allein entschieden.«

Frühzeitige Beteiligung ist elementar

Bereits beim Start des Projekts, im Juni 2020, war allen Beteiligten klar, dass es nur dann gelingen kann, wenn es erstens nicht dazu führt, dass mit ihm Stellen verlagert oder aber abgebaut werden. Und zweitens eine frühestmögliche Beteiligung organisiert und umfassende Freiwilligkeit garantiert werden. »Das haben wir getan«, sagt Kutzinsky.

Dietmar Brauner und sein Kollege, mit dem er im Wechsel an diesem Arbeitsplatz arbeitet, waren deshalb bei den Teambesprechungen dabei: Sie haben mitgeholfen, die von ihnen ausgeführten Handgriffe und Bewegungen zu dokumentieren. Sie haben gemeinsam überlegt, an welchen Stellen der Roboter am besten eingreifen, unterstützen, Arbeitsschritte übernehmen kann. Erst durch diese detaillierte Analyse des Arbeitsplatzes und der an ihm ausgeübten Tätigkeiten ist es schließlich gelungen, übermäßige Belastungen für Dietmar und seinen Kollegen zu senken. »Wir haben darüber hinaus auch sichergestellt, dass hier weiter effizient gearbeitet werden kann«, sagt Kutzinsky.

Das sieht man, wenn man Dietmar an seinem Arbeitsplatz zusammen mit dem Leichtbauroboter in Aktion beobachtet: Abwechselndes Greifen und Fassen, Heben und Legen, lauter präzise aufeinander abgestimmte Bewegungen. »Ich fühl mich wohl, mir geht es körperlich besser«, sagt Dietmar Brauner.

Ralf Kutzinsky betont, dass das subjektive Empfinden der Kolleginnen und Kollegen elementar sei. »Wir haben das ganze Projekt von Anfang an wissenschaftlich begleitet, wir evaluieren es jetzt weiter.« Es sei wichtig, nun Erfahrungen zu sammeln, offen zu bleiben und auch bereit zu sein, die Arbeitsabläufe anzupassen, falls es Probleme gibt.

»Unser Ziel ist, die Arbeit des einzelnen Kollegen, der einzelnen Kollegin zu erleichtern.« Gleichzeitig aber ginge es immer auch darum, Inklusion voranzutreiben, darauf hinzuarbeiten, dass Arbeitsplätze, auf denen körperlich eingeschränkte Beschäftigte arbeiten, nicht abgebaut, sondern in normalen Linien integriert werden. »Bei uns gibt es noch viele Einsatzmöglichkeiten für kollaborierende Roboter«, sagt Ralf Kutzinsky.

»Es geht nicht darum, einfach einen Roboter an die Montagelinie zu stellen. Die Herausforderung war, Barrierefreiheit herzustellen.«

Ralf Kutzinsky, Ford Köln

Rat und Tat

Wenn Vorgesetzte zum Gespräch bitten

RECHT SO

Schon das Wort klingt so angenehm wie ein Besuch beim Zahnarzt: Personalgespräch. Wann und warum Beschäftigte eine Einladung annehmen müssen und welche Rechte sie dabei haben, erläutert Tjark Menssen.



Personalgespräche: Wer muss teilnehmen? Wer darf auch dabei sein?

Foto: shapecharge/iStock

Personalgespräche sind ein legitimes Mittel der Arbeitgeber, um sich regelmäßig mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auszutauschen. Dabei sollte es nicht nur um die Erwartungen der Vorgesetzten an den Beschäftigten gehen. Moderne Unternehmen nutzen dieses Instrument auch gezielt, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach ihren Erwartungen zu fragen. Etwa welche Fortbildungen sie brauchen, in welche Richtung sie gern mehr gefördert werden möchten, aber auch, was Beschäftigte an ihrer Arbeitssituation kritisieren oder was sie verbessern wollen.

Das Personalgespräch ist ein vertraglicher Anspruch, mit dem Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber den Inhalt des Arbeitsverhältnisses bestimmen können. Beschäftigte müssen einer solchen Einladung deshalb auch folgen. Als Instrument der Vertragsgestaltung sollte der Chef ein solches Gespräch rechtzeitig ankündigen, damit sich der Arbeitnehmer vorbereiten kann. Das Personalgespräch kann aber auch kurzfristig aufgrund einer Konfliktsituation stattfinden. Hat sich ein Arbeitnehmer etwas zuschulden kommen lassen, wird der Arbeitgeber dies möglichst schnell klären wollen. In solchen Fällen sind das Gespräch und die Klärung des Sachverhalts das beste Mittel, um die Zusammenarbeit nicht weiter zu belasten.

Betriebsrat darf mit zum Gespräch

Problematisch ist es, wenn die Situation bereits von gegenseitigem Misstrauen geprägt und nicht klar ist, was Inhalt des Personalgesprächs sein soll. In den gesetzlich vorgesehenen Fällen haben Beschäftigte einen Anspruch darauf, ein Betriebsratsmitglied ihres Vertrauens zum Gespräch mitzunehmen. Dies ist dann der Fall, wenn der Arbeitnehmer für eine neue Aufgabe, die ihm übertragen werden soll, nicht genügend Kenntnisse besitzt, es um eine Leistungsbeurteilung, das Arbeitsentgelt oder die berufliche Entwicklung geht.

Das gilt auch, wenn Einsicht in die Personalakte genommen werden soll oder eine Beschwerde vorliegt.

Mit Anwalt zum Termin?

Juristischen Beistand kann man hinzuziehen, wenn Vorgesetzte über Vertragsänderungen sprechen wollen. Ansonsten muss man ein solches Gesprächsangebot nicht annehmen. Insbesondere können und sollten Beschäftigte das Gespräch ablehnen, wenn ein Arbeitgeber zum Beispiel versucht, Leistungskürzungen in Einzelgesprächen durchzusetzen.

Eine wegen einer solchen Ablehnung erteilte Abmahnung wäre nach Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts rechtswidrig.



Tjark Menssen

ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH und schreibt in jeder Ausgabe über Fälle aus der Praxis.

Weitere Fragen zum Rechtsschutz? Die zuständige Geschäftsstelle der IG Metall hilft weiter: igmetall.de/vor-ort

Rat für Tat

§ Alles Recht

Ärztliche Zweitmeinung für gesetzlich Versicherte

Patientinnen und Patienten, die vor bestimmten planbaren operativen Eingriffen an der Wirbelsäule stehen, haben jetzt Anspruch auf eine ärztliche Zweitmeinung. Das hat der Gemeinsame Bundesausschuss der gesetzlichen Krankenversicherung (G-BA) beschlossen. Gleiches gilt für Personen mit Herzrhythmusstörungen, denen eine elektrophysiologische Herzkatheteruntersuchung oder eine Verödung von Herzgewebe (Ablation) empfohlen wird.

Unabhängige und besonders qualifizierte Fachärztinnen und -ärzte prüfen im Zweitmeinungsverfahren, ob die empfohlene Operation medizinisch notwendig ist, und beraten die Versicherten zu möglichen Therapiealternativen. Da jede Operation auch Risiken birgt, soll mit einer ärztlichen Zweitmeinung vermieden werden, dass sich Patientinnen und Patienten einem medizinisch nicht notwendigen Eingriff unterziehen.

Neben der ärztlichen Zweitmeinung sollen Patientinnen und Patienten bei ihrer Entscheidung auch mit wissenschaftlich fundiertem und unabhängigem Informationsmaterial unterstützt werden. Merkblätter und Entscheidungshilfen hat der G-BA hier zusammengestellt: gesundheitsinformation.de/zweitmeinung

Über die Website des ärztlichen Bereitschaftsdienstes finden Versicherte zur Zweitmeinung berechnigte Ärztinnen und Ärzte: 116117.de/zweitmeinung

Branchen & Betriebe

Es ist nicht alles Gold, was glänzt

MOBILITÄT

Die Kleinbusse von Moia fahren überall durch Hamburg und Hannover. Das hippe Start-up verspricht viel. Aber kann die VW-Tochter auch bei guten Arbeitsverhältnissen und fairen Löhnen mithalten?

Von Jacqueline Sternheimer



Bis zu 300 Kilometer Reichweite: Die E-Autos sind eine Spezialanfertigung von VW. Foto: Peter Steffen/dpa/pa

Goldfarben sind sie, die Kleinbusse, die fast lautlos durch die Straßen Hamburgs und Hannovers gleiten. Bis zu sechs Fahrgäste können hier in Lounge-atmosphäre Platz nehmen. Weiße Sitze, die an jene von Fußballtrainern am Rande des Fußballfelds erinnern, versprechen ein wenig Luxus für die kurze Fahrzeit durch die Stadt. Auch WLAN und USB-Anschlüsse neben den Sitzen lassen keinen Zweifel daran, was hier für ein Fahrgefühl vermittelt werden soll: Lass Deinen SUV zu Hause stehen, wir bringen Dich zu Deinem Meeting.

Und genau das will Moia, das Start-up hinter den Kleinbussen, verkörpern. Smart City, E-Autos, Pooling-Konzept – hier soll Mobilität für die Zukunft entstehen. Aber was ist das genau, Moia? Die Busse lassen sich über eine App rufen und auch bezahlen. Die App prüft dann in Echtzeit, wann ein Fahrzeug in der Nähe sein kann. Wer das Angebot annimmt, wird per Navigation zu einem nahe liegenden Haltepunkt gelotst und in der Nähe seines Ziels wieder abgesetzt. Unterwegs und bei jedem Halt können Fahrgäste einsteigen. Im Idealfall ist das Auto immer ausgelastet.

Der Algorithmus entscheidet

Die Autos, das Mobilitätskonzept, alles würde nicht ohne die Fahrerinnen und Fahrer hinter dem Lenkrad funktionieren – zumindest noch nicht.

Hidayet Alval ist seit 2018, kurz nach der Gründung des Unternehmens, Fahrer bei Moia in Hannover. »Mich hat das Konzept direkt überzeugt und ich bin gern zur Arbeit gekommen. Aber dann habe ich schnell gemerkt: Es ist nicht alles Gold, was glänzt.« Der 37-Jährige kam in einen Betrieb ohne Betriebsrat – »und somit ohne Mitbestimmung«.

Während der Geschäftsführer von Moia noch 2019 öffentlich erklärte, dass die Pausen der Mitarbeitenden nach vier bis fünf Stunden gleichzeitig zum Aufladen der E-Autos genutzt würden, sieht die Realität für die Fahrerinnen und Fahrer zunächst anders aus. »Oft wurde uns nach zwei Stunden bereits eine Pause vorgeschrieben. Dann mussten wir sechs Stunden in der Schicht ohne Pause schaffen«, sagt Hidayet, mittlerweile

Betriebsratsvorsitzender in Hannover. Vorgeschrieben wurde das vom Algorithmus. Der errechnet nicht nur, wann die Fahrerinnen und Fahrer ihre Pause machen sollten, sondern auch wo. IG Metall 5/6 2022

Endlich Mitbestimmung

»In einer Nachtschicht kam es schon mal vor, dass mich der Algorithmus um 23 Uhr auf einen Lidl-Parkplatz gelotst hat, der schon geschlossen war. Wie soll man da die Toilette nutzen?« Feste Pausenzeiten und -räume, was nach einer Selbstverständlichkeit klingt, mussten sich Hidayet sowie seine rund 95 Kolleginnen und Kollegen am Standort erst erkämpfen. »Seit wir einen Betriebsrat haben, bestimmen wir mit, wann und wo wir Pausen machen, damit wir in

der halben Stunde auch mal zur Ruhe kommen.« Auch bei den Schichtplänen haben sie jetzt ein Mitspracherecht.

VW-Tochter ohne Tarifvertrag

Und wie sieht es mit der Bezahlung aus? Endlich mal ein Start-up, das seine Dienstleisterinnen und Dienstleister gut und fair bezahlt? Leider nein und dabei steht »Powered by Volkswagen« an der Rückseite der Fahrzeuge.

Denn Moia ist eine 100-prozentige VW-Tochter. Die guten Tarifverträge von VW Group Services gelten jedoch nicht für die Beschäftigten der Tochter. Während die Kolleginnen und Kollegen am Hamburger Standort 12 Euro pro Stunde bezahlt bekommen, kamen sie mit 11,50 Euro in Hannover nicht einmal an den künftigen Mindestlohn ran. Gleiche Arbeit, aber nicht der gleiche Lohn? Das haben sie in Hannover nicht toleriert. Gemeinsam mit der IG Metall haben sie dann dafür gekämpft, dass ihr Lohn angeglichen wird. »Arbeit muss zum Leben reichen«, stand bei einer Protestaktion im Dezember auf ihrem Transparent und sie waren erfolgreich: Seit April sind die Entgelte auf 12 Euro gestiegen. »Die Beschäftigten haben ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen und einen fairen Lohn. Der Anfang ist gemacht, jetzt konzentrieren wir uns auf einen Tarifvertrag für die Belegschaft«, sagt Thadeus Mainka, zuständiger Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Hannover. Das ist aber noch nicht alles. »Unsere Arbeitsplätze haben ein Ablaufdatum«, sagt Hidayet.

Moia plant, bereits ab 2025 seinen Carpooling-Dienst komplett durch autonomes Fahren abzuwickeln, also ganz ohne die Fahrerinnen und Fahrer.

»Im Grunde genommen sammeln wir mit unseren Fahrten aktuell die Daten für das Geschäft von morgen«, weiß Hidayet. Die IG Metall und der Betriebsrat fordern einen Sozialplan sowie Qualifizierungen für die Beschäftigten. »Wir sind auch VW. Auch wenn wir eine Tochterfirma sind, wollen wir spüren, dass wir zu VW gehören. Wenn wir Arbeit für die Zukunft machen, wollen wir auch dafür bezahlt werden und Wertschätzung erfahren.«



Hidayet Alval ist Fahrer und Betriebsratsvorsitzender bei Moia in Hannover. Bevor er und seine Kolleginnen und Kollegen den Betriebsrat gegründet haben, haben sich viele nicht getraut, sich gegen unfaire Schichtpläne und Pausenvorgaben zu wehren. Das ist jetzt anders. Foto: Jan Richard Heinicke

»Im Grunde genommen sammeln wir mit unseren Fahrten aktuell die Daten für das Geschäft von morgen.«

Hidayet Alval, Hannover

Kurz & bündig

TAG DER ARBEIT

Gemeinsam Zukunft gestalten – Es geht endlich wieder »heraus zum ersten Mai«



»GeMAInsam Zukunft gestalten«: Unter diesem Motto ruft der DGB die Mitglieder der Gewerkschaften in diesem Jahr zum

1. Mai auf. Denn wir als Gewerkschaften stehen für ein solidarisches Miteinander, auch in unruhigen Zeiten. Gemeinsam wollen wir daher wieder auf die Straße gehen und am Tag der Arbeit ein sichtbares Zeichen für eine gerechte Zukunft setzen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen wieder zu vielen bunten Aktionen und Kundgebungen auf der Straße auf. Alle Beteiligten freuen sich darauf, die drängenden Forderungen für eine gerechte und soziale Zukunft in der (Arbeits-)Welt auf die Straße zu tragen.

Wer wo spricht

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, spricht bei der Kundgebung in Aachen. Die Zweite Vorsitzende, Christiane Benner, redet in Stuttgart. Hauptkassierer Jürgen Kerner spricht in Saarbrücken, Wolfgang Lemb in Sindelfingen, Ralf Kutzner in Coburg, Irene Schulz in Duisburg und Hans-Jürgen Urban in Remscheid. Mehr Infos unter: igmetall.de/erster-mai

DGB-UMFRAGE

Viele Beschäftigte gehen krank zur Arbeit – Präsentismus ist weit verbreitet

Selbst während der Pandemie hat knapp die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland trotz Krankheit gearbeitet. Das zeigt eine DGB-Umfrage unter mehr als 6000 Beschäftigten. 48 Prozent der Befragten gaben an, im vorangegangenen Jahr mindestens einmal gearbeitet zu haben, obwohl sie sich krank fühlten. Die Daten zeigen: Arbeiten trotz Krankheit ist besonders verbreitet, wenn die Betriebskultur problematisch ist, wenn Beschäftigte unter einer hohen Arbeitslast leiden und wenn die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes groß ist. igmetall.de/gutearbeit

HANDBUCH TARIFVERTRAG

Was ist ein Tarifvertrag? – Geschichte, Praxis, Perspektiven

Das »Handbuch Tarifvertrag« informiert über die Geschichte von Tarifverträgen, was sie regeln, für wen sie gelten und wie sie zustande kommen: von der Aufstellung der Forderung, über Verhandlungen und Streiks bis hin zum Abschluss. Auch gibt es einen Ausblick auf künftige tarifpolitische Themen. Klaus Lang und Stefan Schaumburg, Handbuch Tarifvertrag. Geschichte – Praxis – Perspektiven, Bund-Verlag 2022, 48 Euro.

TRANSFORMATION

Millionenförderung für regionales Transformationsnetzwerk – Bündnis soll Wandel der Automobil- und Zulieferindustrie unterstützen

Autos als rollende Computer, E-Motoren statt Verbrenner: Die Automobilindustrie verändert sich weltweit in rasantem Tempo. Damit der Wandel sozial abläuft, sind gute Ideen gefragt. Dafür erhält die Region Südostniedersachsen nun 7,6 Millionen Euro aus einem Förderprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums. Ziel ist ein starkes regionales

Netzwerk für die gelingende Transformation der ortsansässigen Industrie.

Südostniedersachsen ist Auto- und Stahlregion, mit den großen Produktionsstandorten in Wolfsburg, Braunschweig oder Salzgitter. Mehr als 200 000 Beschäftigte sind dort von der Transformation der Industrie betroffen. Für sie sollen vier »Transformations-Labore« neue Geschäftsmodelle entwickeln.

Die IG Metall hat sich über viele Monate für die Unterstützung solcher Ideenschmieden eingesetzt. Neben Südostniedersachsen haben sich 28 weitere Regionen für die staatliche Förderung beworben. Einen positiven Förderbescheid hat auch das Transformationsnetzwerk im Saarland erhalten. Mehr unter: igmetall.de, Suchbegriff: Zukunftsfonds Automobil

HANNOVER MESSE

IG Metall lädt ein – Kostenlose Tickets für Metallerinnen und Metaller



Endlich wieder in Präsenz: Vom 30. Mai bis 2. Juni präsentieren 2500 Unternehmen auf dem Messegelände in Hannover ihre Technologien für die Fabriken und Energiesysteme von morgen. Plakat: Hannovermesse

Mitglieder der IG Metall können die Hannover Messe kostenlos besuchen. Die weltgrößte Industriemesse findet vom 30. Mai bis 2. Juni 2022 in Hannover statt. Mit dem Leitthema »Digitalisierung und Nachhaltigkeit« will die diesjährige Messe klare Impulse für die Transformation von Wirtschaft und Industrie hin zu einer digitalisierten, klimaneutralen und nachhaltigen Wertschöpfung setzen.

Auch die IG Metall ist wieder vertreten. Eine Fachveranstaltung zu Energie und Transformation unter anderem mit Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, findet am 1. Juni von 9.30 bis 12.30 Uhr statt. Die Veranstaltung wird von der IG Metall und der Technology Academy der Messe organisiert.



QR-Code scannen und E-Ticket erhalten

Wer an einem E-Ticket interessiert ist, scannt diesen QR-Code ab, um das kostenlose Ticket freizuschalten. Weitere Infos zum Programm und zu den Tickets findet Ihr hier: igmetall.de/hannovermesse

PRODUKTPORTAL DER IG METALL

Pünktlich mit der IG Metall – Armbanduhr im Design der IG Metall

Kennt Ihr schon das Produktportal der IG Metall? Dort findet Ihr zahlreiche Artikel im Design der IG Metall, etwa Textil- und Lederwaren oder aber die limitierte Auflage der Armbanduhr aus der Uhrenmanufaktur Laco. Das Edelstahlgehäuse ist mit dem japanischen Qualitätsquarzwerk Miyota G10 und einem Lederarmband ausgestattet. Die spritzwassergeschützte Uhr hat einen Durchmesser von 38 Millimetern und ein schwarzes Ziffernblatt, das sich dank der silbernen Stunden- und Minutenmarken auch bei schlechten Lichtverhältnissen gut ablesen lässt. Neugierig geworden? Dann schaut im Produktportal vorbei. Dort gibt es die Uhr zum Preis von 129 Euro plus 3,50 Euro Versand.

produkte.igmetall.de



ACE

Gute Fahrt, ACE! – Automobilclub jetzt ganz in Händen seiner Mitglieder

Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund gibt die IG Metall die Verantwortung für den Automobilclub von Europa (ACE) ganz in die Hände seiner Mitglieder.

Die Gewerkschaften haben den ACE im Jahr 1965 gegründet und zum zweitgrößten Autoclub in Deutschland aufgebaut. Nach seiner Öffnung ist heute nur noch jedes zweite der 630 000 Clubmitglieder auch Gewerkschaftsmitglied.

Eine Unterstützung ist nicht mehr nötig, entschieden die Gewerkschaften. Für IG Metall-Mitglieder im ACE ändert sich mit dieser Entscheidung nichts.

Rat und Tat

Entlastungspaket: Diese Hilfen sind geplant

RATGEBER

Wegen der stark gestiegenen Energiekosten hat die Bundesregierung verschiedene steuerliche Maßnahmen beschlossen, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Zudem hat man sich auf einen Sofortzuschlag für Familien mit Kindern und eine Einmalzahlung für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, verständigt.

Von Antonela Pelivan



Illustration: Stephanie Brittnacher

Die Energiepreise steigen. Die Regierung will die Bürgerinnen und Bürger deshalb finanziell entlasten. Auch für Familien mit wenig Geld gibt es mehr Unterstützung. Die Bundesregierung hat sich auf zwei Entlastungspakete verständigt. Die einzelnen Maßnahmen aus den Paketen werden nun auf den Weg gebracht.

Das ist geplant:

Kindersofortzuschlag ab 1. Juli 2022

Den Kindersofortzuschlag von 20 Euro monatlich erhalten ab 1. Juli 2022 alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Haushalt der Eltern, die Anspruch auf Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, dem Asylbewerberleistungsgesetz oder ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt haben oder für die Kinderzuschlag (KiZ) bezogen wird. Der Sofortzuschlag wird ohne Antrag automatisch bis zur Einführung der Kindergrundsicherung ausgezahlt.

Höherer Kinderzuschlag

Der Höchstbetrag des Kinderzuschlags wird durch den Sofortzuschlag um 20 Euro auf bis zu 229 Euro erhöht. Den Kinderzuschlag können Familien mit geringem Einkommen zusätzlich zum Kindergeld beantragen. Die Familienleistung unterstützt Eltern, deren Einkommen nicht oder nur knapp für die gesamte Familie reicht. Mit dem KiZ-Lotsen können Eltern prüfen, ob sie Kinderzuschlag erhalten würden. Den Antrag können sie online auf der Website der Familienkasse ausfüllen. Wer den Kinderzuschlag bekommt, hat auch Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe. arbeitsagentur.de/kiz-lotse

200 Euro für Sozialleistungsempfänger

Eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro erhalten Erwachsene, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz oder ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz beziehen. Der Zuschuss wird ebenfalls im Juli 2022 ausgezahlt. Das Geld soll höhere Lebenshaltungskosten und pandemiebedingte Ausgaben ausgleichen.

Heizkostenzuschuss

Allein lebende Wohngeldberechtigte erhalten einmalig 270 Euro, Zwei-Personen-Haushalte 350 Euro. Für jedes weitere Haushaltsmitglied kommen zusätzlich 70 Euro dazu. Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende mit unterstützenden Leistungen erhalten pauschal 230 Euro.

Den Heizkostenzuschuss erhalten Wohngeldbeziehende automatisch, also ohne gesonderten Antrag. Er soll im Sommer gezahlt werden, wenn in der Regel die Heizkosten- oder Nebenkostenabrechnungen anstehen.

Vergünstigte Tickets für den ÖPNV

Für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll das Ticket vermutlich ab Juni 2022 nur noch 9 Euro im Monat kosten. Die ÖPNV-Preise sollen drei Monate lang reduziert werden. Ob eine Anrechnung oder Erstattung auf bereits gekaufte Jahreskarten oder Jobtickets geplant ist, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

300 Euro Energiepreispauschale 2022

metall 5/6 2022

Allen einkommensteuerpflichtigen Beschäftigten der Steuerklassen 1 bis 5 soll noch in diesem Jahr einmalig eine Energiepreispauschale von 300 Euro als Zuschuss zum Gehalt ausgezahlt werden. Die Pauschale soll unabhängig von den geltenden steuerlichen Regelungen (Pendlerpauschale, Mobilitätsprämie, steuerfreie Arbeitgebererstattungen, Jobticket) gewährt werden. Die Pauschale soll der Einkommensteuer unterliegen, je nach Steuersatz kommt also netto entsprechend weniger bei den Empfängern an. Die volle Summe bekommen also nur diejenigen, die unter dem steuerlichen Grundfreibetrag bleiben. Bei Arbeitnehmern soll die Auszahlung über die Lohnabrechnung des Arbeitgebers erfolgen.

Senkung der Energiesteuer

Um Autofahrer zu entlasten, soll die Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monate auf das nach EU-Recht zugelassene Mindestmaß gesenkt werden. Der Benzinpreis würde damit um 30 Cent je Liter sinken, Diesel um 14 Cent je Liter. Dabei soll sichergestellt werden, dass die Absenkung an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wird.

Weniger Lohnsteuer durch Steuerentlastungsgesetz

Die Werbungskostenpauschale soll um 200 auf 1200 Euro erhöht werden. Der steuerliche Grundfreibetrag für Ledige steigt von derzeit 9984 Euro auf 10 347 Euro, für Verheiratete von 19 968 auf 20 694 Euro. Zudem will man die bis 2026 befristete Anhebung der Entfernungspauschale für Fernpendler (ab dem 21. Kilometer) auf 38 Cent anheben. Sämtliche Anhebungen sollen rückwirkend zum 1. Januar 2022 gelten.

Wichtig: Die 38 Cent je Kilometer können erst berücksichtigt werden, wenn der Gesetzgeber sie endgültig beschlossen hat. Dies ist voraussichtlich im Frühsommer der Fall. Bis dahin gilt weiterhin 30 Cent für die ersten 20 Kilometer und 35 Cent ab dem 21. Kilometer. Unser Tipp: Sobald das Gesetz in Kraft ist, können Beschäftigte beim Finanzamt die Anpassung des Freibetrags im Lohnsteuerabzugsverfahren wegen der höheren Entfernungspauschale beantragen. Wer die Erhöhung des Lohnsteuerfreibetrags nicht beantragt, kann die höhere Pauschale in der Steuererklärung für 2022 geltend machen. Achtung: Bei den Reisekosten ändert sich nichts. Unverändert können 30 Cent je gefahrenen Kilometer steuerfrei erstattet oder in der Steuererklärung als Werbungskosten abgezogen werden. Wenn das Gesetz verabschiedet ist, wird der Arbeitgeber den zuvor vorgenommenen Lohnsteuerabzug korrigieren, wenn ihm dies – was die Regel ist – wirtschaftlich zumutbar ist. Ändert der Arbeitgeber den Lohnsteuerabzug nicht, können Beschäftigte die höheren Freibeträge in ihrer Steuererklärung 2022 geltend machen.

IG Metall macht Druck: Das geht besser!

Die steigenden Energiekosten belasten die Menschen im Land enorm. Das Entlastungspaket der Bundesregierung gleicht diese Belastungen nicht aus. Hier muss nachgebessert werden! Die Beschäftigten brauchen schnelle und spürbare Hilfen. Die IG Metall fordert deshalb:

Die Preise für Gas zu deckeln, und zwar für Haushalte mit einem Jahresverbrauch von bis zu 8000 Kilowattstunden. Das würde vor allem der Spekulationsblase die Luft nehmen.

Die Stromsteuer und die Mehrwertsteuer auf Strom und Gas vorerst zu senken.

Ein Mobilitätsgeld einzuführen, damit eine sozial ausgewogene Entlastung von Pendlern und Pendlerinnen sichergestellt wird.

Den steuerlichen Grundfreibetrag auf 12 800 Euro zu erhöhen, um so vor allem Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen zu unterstützen.

Wirkungsvolle Maßnahmen gegen profitgetriebene Spekulationen und Preistreiberei bei Energie, Rohstoffen und Lebensmitteln auf den Weg zu bringen.

Für die Einführung dieser Maßnahmen setzt sich die IG Metall auf der politischen Ebene ein. Dazu hat sie einen Aufruf gestartet, der von rund 10 000 Betriebsrätinnen und Betriebsräten sowie betrieblichen Interessenvertretern aus circa 4000 Betrieben unterschrieben wurde. Diese Kolleginnen und Kollegen vertreten die Interessen von fast 2,4 Millionen Beschäftigten. Das ist ein klarer Arbeitsauftrag an die Politik. Sie muss handeln.

Tarif

Tarifrunden aktuell

TARIFPOLITIK

Aktuell laufen Tarifverhandlungen in der Textilindustrie Ost und in der Stahlindustrie. In der Metall- und Elektroindustrie und bei VW startet die Diskussion über Forderungen für die Verhandlungen im Herbst.

Von Dirk Erb und Jacqueline Sternheimer



Beschäftigte demonstrieren in Zwickau. Foto: IG Metall

TEXTILINDUSTRIE OST

Arbeitgeber bewegen sich keinen Zentimeter – Warnstreikvorbereitungen laufen an

Nach zwei Verhandlungen steht fest: Die Arbeitgeber bewegen sich kein Stück in Richtung der Interessen der Beschäftigten. Die fordern sechs Prozent mehr Entgelt und eine Aufstockung der Jahressonderzahlung auf 100 Prozent mit Wahloption. Die Altersteilzeit soll fortgesetzt werden. »Das vorliegende Angebot lässt unsere Kollegen allein mit den Herausforderungen einer erheblichen Preissteigerung«, so die Verhandlungsführerin der IG Metall, Stefanie Reimer. Am 30. April ist die Friedenspflicht ausgelaufen, die Warnstreikvorbereitungen laufen. Am 4. Mai wird weiterverhandelt.

LEIHARBEIT

Tarife an neuen Mindestlohn anpassen – Nächste Tarifrunde in der Leiharbeit

Im April stiegen die Tarifentgelte in der Leiharbeit um 4,1 Prozent – und die nächste Tarifrunde steht wieder bevor. Die Leihbeschäftigten wollen vor allem mehr Geld. Dafür stimmten über zwei Drittel in einer Befragung der IG Metall. Zudem steigt ab Oktober der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro. Derzeit liegen die unteren drei Entgeltgruppen in der Leiharbeit unter 12 Euro. Die DGB-Gewerkschaften wollen die Leiharbeitstarife auf den neuen Mindestlohn anheben. Auch die höheren Entgeltgruppen sollen im gleichen Verhältnis steigen.

STAHLINDUSTRIE

Tarifverhandlungen starten – Beschäftigte wollen »Prozente«

Die Tarifverhandlungen für die Stahlindustrie starten am 13. Mai. Die Beschäftigten wollen vor allem höhere Monatslöhne – angesichts der hohen Inflation.

Die Gewinne sind hoch, die Auftragsbücher voll. Doch die Risiken durch den Ukraine-Krieg sind unkalkulierbar. Ein Gaslieferstopp wäre fatal. »Wir werden auf Sicht fahren«, erklärt Birgit Dietze, Verhandlungsführerin der IG Metall in der ostdeutschen Stahlindustrie.

Zudem soll die Politik Betriebe und Beschäftigte noch mehr entlasten. »Eine Inflationsrate, die wegen des Kriegs explodiert, können wir nicht allein mit einer Tarifierhöhung bewältigen«, betont Knut Giesler, Verhandlungsführer im Nordwesten.

Die Debatte über die genaue Tarifforderung in den Tarifkommissionen lief bei Redaktionsschluss noch.

igmetall.de/stahl

Jetzt Mitgliedervorteil beantragen

Bis zu 400 Euro extra gibt es dieses Jahr für Leihbeschäftigte, die mindestens zwölf Monate Mitglied einer DGB-Gewerkschaft wie der IG Metall sind, abhängig von der Beschäftigungsdauer in ihrer Leihfirma.

Teil 1 – die Extrazahlung von bis zu 200 Euro aufs Urlaubsgeld – könnt Ihr vom 19. bis 30. Juni hier beantragen:

igmetall.de/mitgliedervorteil-leiharbeit.de

Teil 2 zum Weihnachtsgeld gibts dann ab 19. Oktober.



Foto: Frank Rumpenhorst

BETRIEBE

Neben Flächentarifen verhandelt die IG Metall ständig in vielen Betrieben. Etwa beim Autozulieferer Musashi (Foto: Bad Sobernheim in Rheinland-Pfalz). Dort kämpfen die Beschäftigten und ihre IG Metall mit Warnstreiks für einen Sozialtarifvertrag. Ihr Motto: »Zukunft oder Widerstand«.

METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE

Diskussion über Forderungen in der Metallindustrie läuft – Höhere Entgelte im Fokus. IG Metall befragt Beschäftigte.

Ab September stehen Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie an. Am 30. Juni wollen die Tarifkommissionen die Forderungen beschließen. Die Diskussion der IG Metall-Mitglieder und Vertrauensleute läuft. Die IG Metall befragt zudem die Beschäftigten nach ihren Vorstellungen.

Klar ist bereits: Es geht vor allem um dauerhaft mehr Geld. »Unsere Beschäftigten erwarten, dass es nicht nur eine Einmalzahlung gibt, sondern Lohnerhöhungen in die Entgelttabellen eingehen«, erklärt der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann. Angesichts der Preissteigerungen muss die Politik darüber hinaus aus seiner Sicht für weitere Entlastungen sorgen.

Viele Betriebe haben gute Gewinne erzielt. Allerdings ist die Lage derzeit sehr unsicher durch den Krieg in der Ukraine, explodierende Energie- und Rohstoffpreise, fehlende Lieferungen, Kurzarbeit. Die Entgelt-Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie laufen am 30. September aus.

Am 28. Oktober 2022 endet die Friedenspflicht.

igmetall.de/metall-elektro

Handwerk

Mehr Geld im Handwerk – Ukraine-Krieg wirkt sich aus

Zuletzt gab es im April 3,3 Prozent mehr Geld in der Parkett- und Fußbodentechnik, 4 Prozent für Schreiner in Bayern, 3,1 Prozent für Glaser in Baden-Württemberg und 3,6 Prozent im Metallhandwerk Saarland. Die Lage war bislang insgesamt gut, doch in einigen Branchen schlägt nun auch der Ukraine-Krieg durch.

igmetall.de/handwerk

Volkswagen

Auch bei VW Prozente im Fokus – Diskussion über Forderungen

Im Herbst laufen auch Verhandlungen bei VW, wo ein eigener Haustarif gilt. 2021 machte VW 15,5 Milliarden Euro Gewinn, doch zuletzt fehlten Kabelbäume aus der Ukraine. Die Diskussion über Forderungen läuft. Auch bei VW befragt die IG Metall die Beschäftigten. Am 6. Juli beschließt die Tarifkommission ihre Forderungen. igm-bei-vw.de

Frieden schaffen mit Waffen?



Janine Wissler, Co-Vorsitzende der Partei Die Linke und Mitglied des Deutschen Bundestags

»Eine hochgerüstete Bundeswehr hilft aber den Menschen in der Ukraine nicht. Sie ist auch keine geeignete Antwort auf die gefährliche imperiale Politik Putins«, warnt Janine Wissler ...

Putins grausamer und völkerrechtswidriger Angriffskrieg hat bereits Tausende Menschen getötet oder verletzt und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Die russische Führung trägt die Verantwortung für die Eskalation. Wir alle machen uns in diesen Tagen große Sorgen um die Zukunft von Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt.

Die Bundesregierung nimmt den Ukraine-Krieg zum Anlass, um innerhalb weniger Wochen eine gigantische Aufrüstung durchzusetzen. Mit dem geplanten Sondervermögen, das im Grundgesetz festgeschrieben werden soll, würde Aufrüstung sogar Verfassungsrang bekommen. Eine hochgerüstete Bundeswehr hilft aber den Menschen in der Ukraine nicht. Sie ist auch keine geeignete Antwort auf die gefährliche imperiale Politik Putins. Ein Atomkrieg mit Russland darf nicht riskiert werden. Teure atomwaffenfähige Kampfbomber, Panzer und bewaffnete Drohnen, die bei SPD und Grünen noch umstritten waren, heizen die Aufrüstungsspirale weiter an.

Auch das Argument der Abschreckung sollte gründlich hinterfragt werden. Schon jetzt übersteigen die Verteidigungsausgaben der 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die NATO-Länder haben schon vor 2014, also vor der Zuspitzung in der Ukraine, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Der Rüstungsetat hierzulande wurde seit 2014 bereits um mehr als 40 Prozent erhöht. Diese Aufrüstung trägt das Risiko, dass am Ende weitere Eskalationsgefahren statt Sicherheitsgarantien stehen.

Die von Bundeskanzler Scholz symbolträchtig eingeleitete »Zeitenwende« in der Außenpolitik beantwortet die große Zukunftsfrage, wie Frieden und Sicherheit in einer multipolaren Welt geschaffen werden können, falsch und völlig einseitig: mit Militär, Aufrüstung und Abschreckung. Leider bewegt sich die SPD damit weiter ins sicherheitspolitische Kielwasser derjenigen, die insbesondere die NATO als Akteur militärischer Geopolitik sehen, statt auf Deeskalation zu setzen. Insbesondere FDP und Union fordern seit Langem die Hochrüstung der Bundeswehr gemäß dem NATO-zwei-Prozent-Ziel.

Schon jetzt findet global eine gefährliche Hochrüstung statt. Mehr Waffen machen die Welt nicht friedlicher. Ein (atomares) Wettrüsten ist gerade in einer Zeit globaler Krisen eine gefährliche Sackgasse! Deswegen sollte Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen. Es war ein Fehler, dass viele Abrüstungsverträge in den letzten Jahren gekündigt oder erst gar nicht unterzeichnet und Atomwaffen nach dem Ende des Kalten Krieges nicht global beseitigt wurden. Sicherheit ist mehr als Militär und mit mehr Aufrüstung nicht zu garantieren. Mehr denn je gilt es, in Kriegszeiten daran zu erinnern.

»Sicherheit ist mehr als Militär und mit mehr Aufrüstung nicht zu garantieren.«

Das Sondervermögen für die Bundeswehr zeigt aber auch: Geld ist da, wenn es einen politischen Willen gibt. Mit 100 Milliarden ließen sich die fehlenden 200 000 Erzieher*innen und 200 000 Pflegekräfte locker bezahlen. Die Bekämpfung von Armut, der Bau bezahlbarer Wohnungen, eine funktionierende soziale Infrastruktur sind der Ampelkoalition offenbar kein Sondervermögen wert.

Es ist die Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte, Nein zu dieser Politik zu sagen. Den unter anderem von Jürgen Peters unterstützten Appell gegen das 100-Milliarden-Sondervermögen ([derappell.de](https://www.derappell.de)) haben innerhalb weniger Tage fast 50 000 Menschen, darunter zahlreiche Gewerkschafter*innen, unterzeichnet. Dauerhaften Frieden in Europa kann es nur mit einer Politik für eine soziale und klimagerechte Welt geben.



Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags

... Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann hingegen ist überzeugt: »Kriege werden nur von dem begonnen, der denkt, sie gewinnen zu können.« Die Politikerinnen beteiligen sich mit eigenen Beiträgen an der Debatte zur Aufrüstung der Bundeswehr.

Man kann den Frieden der eigenen Bevölkerung leider nur mit Waffen sichern. Nur wenn wir als Staat, als europäische Staatengemeinschaft und als transatlantisches Bündnis Härte und die unbedingte Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstverteidigung ausstrahlen, werden wir nicht angegriffen. Das ist eine Wahrheit, die viele Menschen seit dem 24. Februar und dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine erst einmal verarbeiten mussten.

Hinter uns liegen Jahrzehnte der Versöhnung und der Kooperation. In über 70 Jahren europäischer Integration haben frühere »Erbfeinde« Freundschaften geschlossen und wurden Gräben jahrhundertelanger Konflikte überwunden. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Zerfall der Sowjetunion wollten wir dieses Prinzip der Einhegung durch Einbindung weiter ausweiten – nicht als Erweiterung des europäischen Machtbereichs, sondern als Angebot im Sinne des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Osterweiterungen der EU und der NATO haben den Bündnissen und den Staaten große Vorteile gebracht.

Doch jetzt mussten wir lernen, dass dieses Prinzip seine Grenzen hat, wenn nicht alle Staaten mitmachen. Nach vielen Jahren der Kooperation mit Russland – auch in Formaten wie dem NATO-Russland-Rat oder der G8 – haben sich Russland und der Westen in der jüngeren Vergangenheit immer weiter voneinander entfernt. Denn in der Logik des Kalten Krieges, die im Kreml immer noch oder wieder vorherrscht, geht jede Erweiterung westlicher Bündnisse zulasten der Russischen Föderation. Und plötzlich spielt es doch wieder ganz offensichtlich eine Rolle, wie gut ein Land oder ein Bündnis militärisch ausgerüstet ist – über welche Waffen sie verfügen. Denn Kriege werden nur von dem begonnen, der denkt, sie gewinnen zu können.

Aus diesem Grund ist es auch richtig, dass wir jetzt so deutlich in die Bundeswehr investieren. Denn auch wenn die Summe von 100 Milliarden Euro immens erscheint, ist sie letztlich doch nur dafür da, um die Bundeswehr mit dem erforderlichen Minimum für die notwendige Bündnisverteidigung auszurüsten.

Durch die geplanten Beschaffungen werden Bestände aufgefüllt, Fähigkeiten erhalten und Fähigkeitslücken geschlossen. Es geht nicht um Aufrüstung. So selbstverständlich wie wir unsere Polizei dafür ausrüsten, Gefahren abzuwehren und die Bevölkerung zu beschützen, so selbstverständlich sollte das auch für die Bundeswehr sein.

»Nur wenn wir als Staat Härte und die unbedingte Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstverteidigung ausstrahlen, werden wir nicht angegriffen.«

Auch wenn es angesichts des fürchterlichen Krieges mitten in Europa sehr weit weg erscheint: Wir dürfen mittelfristig nicht wieder in ein Wettrüsten im Stile des Kalten Krieges verfallen. Im Gegenteil: Es braucht dringend wieder eine Periode der Abrüstung. In den vergangenen Jahren wurden gleich mehrere wichtige Verträge zur Rüstungskontrolle aufgelöst.

Wir müssen uns mit einem Russland nach Putin, aber auch anderen inzwischen sehr wichtigen militärischen Akteuren wie China wieder an einen Tisch setzen und neue Abkommen abschließen. Denn die Diplomatie und die Kooperation müssen die beherrschende Form der Konfliktlösung bleiben beziehungsweise werden. Solche Verhandlungen lassen sich jedoch nur aus einer Position der Stärke führen.

Nockenwelle ade, Programmieren olé!

QUALIFIZIERUNG

Die digitale Zukunft von Mercedes-Benz findet man im ältesten Produktionswerk des Konzerns. Elf Pioniere schulen hier in Berlin-Marienfelde zu Junior-Softwareentwicklern um. Die Metaller Lucas und Matthias berichten von einem Pilotprojekt, das für viele Beschäftigte von Mercedes-Benz eine neue Perspektive schafft.

Von Christoph Böckmann



Maschinenbediener Lucas tauscht seinen Roboter gegen einen Computer. Der Metaller produziert bald keine Nockenwellen mehr, sondern digitale Produkte. Dafür schult er in einem Pilotprojekt zum Junior-Softwareentwickler um. Foto: Christian v. Polentz

Als ich von dem Programm erfahren habe, war ich total begeistert. Ich mach jetzt mein Hobby zum Beruf«, freut sich Lucas Reiche. Für Matthias Legde ist es einfach der »nächste logische Schritt«. Die beiden Metaller sind zwei von elf Pionieren, die bei Mercedes-Benz in Berlin-Marienfelde zum Junior-Softwareentwickler umschulen. Langfristig sollen mehr Benzler – insbesondere aus der Montage – zu Programmierern werden. »Um die 200 hier in Berlin«, schwebt Antje Stagun vor. Die IG Metall-Betriebsrätin hat mit der Geschäftsführung das Pilotprojekt vorangebracht, das auch an anderen Standorten ausgerollt werden könnte.

Vom Industriemechaniker zum Programmierer

Lucas und Matthias haben beide mit einer Ausbildung zum Industriemechaniker im Komponentenwerk in Berlin-Marienfelde angefangen. Bei Lucas ist das 16 Jahre her, bei Matthias 25. Seitdem ist viel Wasser die Spree runtergeflossen: Aus der Daimler-Benz AG wurde die Mercedes-Benz Group AG und auch die Arbeitsplätze der beiden Metaller haben sich verändert. Lucas ist heute Maschinenbediener und arbeitet an der Nockenwelle. Matthias hatte zuletzt nebenbei Wirtschaftsingenieurwesen studiert. »Vormittags Uni, nachmittags Motoren zusammenschrauben«, fasst er es zusammen. Heute ist

Matthias Lean Manager. Das heißt, er optimiert Arbeitsprozesse, beispielsweise den Werkzeugwechsel an einer Maschine. Da ihm das Sammeln und Auswerten von Daten großen Spaß macht, ist für Matthias die Umschulung zum Junior- Software-Developer der »nächste logische Schritt«.

Bei der Qualifizierung hilft ihm, dass er sich zuvor in der Freizeit eine Programmiersprache selbst beigebracht hat. Auch Lucas kannte sich in der Materie schon ein wenig aus: Nach Feierabend zockt der Metaller nicht nur am PC, »ein, zwei kleinere Games habe ich selbst programmiert«, so Lucas.

Freigestellt fürs Pauken

Den Basiskurs während ihrer Umschulung haben beide bereits hinter sich: »160 Stunden Programmiersprachen und Datenanalysetools waren das«, erklären sie. »Danach kamen in einem zweiten Kurs 50 Stunden zum Thema ›Agiles Arbeiten‹ und zu den Softwareentwicklungsprogrammen Git und GitHub dazu.« Für die Zeit waren die Metaller bezahlt von der Arbeit freigestellt. »Jede Woche zwei Tage oder auch mal ein paar Stunden zwischendurch«, erklärt Matthias. Da die Kurse aus Videos und Texten bestehen, die online abrufbar sind, konnten sie sich die Lernzeiten flexibel einteilen und auch entscheiden, ob sie im Werk oder zu Hause lernen.

Wer nicht weiterkommt, kann »Coaches« fragen. Und wie läuft es so bislang? »Was Neues lernen, ist immer cool, aber das Programmieren macht richtig süchtig«, sagt Lucas. Das »Codieren« hat den beiden von Anfang an keine Schwierigkeiten bereitet. Eine Umstellung war eher: »Beim Programmieren ist alles auf Englisch. Wenn man das eine Zeit lang nicht benutzt hat, braucht man ein bisschen, da wieder reinzukommen«, meint Lucas. Auch eine PowerPoint-Präsentation zu machen, musste sich der Maschinenbediener für eine der Lerneinheiten erst draufschaffen. Nach Basiskurs und dem Kurs »Agiles Arbeiten« geht es jetzt für die Pioniere in die Spezialisierung. Das sind noch mal rund 160 beziehungsweise 210 Stunden sowie eine Art Hospitanz in der konzernerneigenen Softwareschmiede MBition. Danach ist Lucas Frontend Web Developer und Matthias Full Stack Web Developer. Für die beiden heißt das: sichere Jobs. Programmierer sind gefragt, auch bei Mercedes-Benz.

Die Nockenwelle hingegen, an der Lucas aktuell noch arbeitet, wird es künftig nicht mehr geben. »Die Direkteinspritzung wird bald folgen und die Ölpumpe ist im Werk in Berlin-Marienfelde schon ausgelaufen«, erklärt Betriebsrätin Antje Stagun. Mit dem Abschied des Verbrenners fallen immer mehr Teile weg. Doch nicht alle Beschäftigten können oder wollen programmieren. Ergun Lümali, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Mercedes-Benz Group AG betont deshalb: »Eine Stärke unseres Unternehmens liegt im Potenzial der Beschäftigten. Mit der Umschulung zum Junior-Softwareentwickler sichern wir Arbeitsplätze und bieten neue Chancen im Rahmen der Transformation. Aber auch die Produktion werden wir weiter brauchen. Maßgeblich für uns ist ein fairer und sozialer Wandel.«



Lucas und Matthias schrauben am Code. »Programmieren macht süchtig«, sagen sie. Deshalb machen sie nun ihr Hobby zum Beruf. Ohne IG Metall wäre in Berlin bald das Werk weg Foto: Christian v. Polentz

Noch vor Kurzem war die Zukunft von Lucas und Matthias so wie vieler ihrer Kolleginnen und Kollegen in Berlin bedroht. Das Mercedes-Management plante, nicht mehr in den Standort zu investieren. Das wäre das Ende des ältesten Produktionswerks des Konzerns gewesen. Doch IG Metall, Betriebsrat und Beschäftigte wehrten sich und machten klar: »Zukunft oder Widerstand«. Das Management lenkte daraufhin ein. Berlin wird zum Kompetenzzentrum für Elektromobilität. In der neu entstehenden »digitalen Fabrik« kommen die künftigen Softwareentwickler wie Lucas und Matthias unter. Auch die Produktion hat nun eine Perspektive: Das Batteriesteuerungsmodul wird bereits in Berlin gefertigt, das E-Drive-System, also der neue E-Motor, wird kommen. Das haben sich die Berliner Metallerinnen und Metaller erkämpft. Und sie kämpfen noch weiter: Betriebsrätin Antje Stagun verdeutlicht: »Bislang spricht das Unternehmen nur von Montage, wir setzen uns dafür ein, dass auch die Fertigung hier und nicht im Ausland sein wird. Das sichert weitere Arbeitsplätze.«



Foto: Edgar Joerg

»Maßgeblich ist für uns ein fairer und sozialer Wandel.«

Ergun Lümalı, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Mercedes-Benz Group AG

Neapolitanisches Fundament: Pizzateig vom Profi



Mit einem perfekten Teig backt sich die Pizza fast von selbst. Foto: Katrin Winner

Den Metaller Sebastian »Waldi« Maletzke haben wir in der metall 11/12 2021 vorgestellt. Dessen große Leidenschaft ist das Pizzabacken. Um sein Können zu perfektionieren, schaute Waldi sogar in Neapel den Meistern unter den Pizzabäckern über die Schulter. Da vieles im Leben mit einem ordentlichen Fundament beginnt, präsentiert Waldi uns sein Rezept für einen Pizzateig der Extraklasse.

Wasser in eine Schüssel geben und Trockenhefe darin auflösen (Frische Hefe zerbröseln, mit ein wenig kaltem Wasser und ein, zwei Esslöffel Mehl zu einer kleinen Kugel formen und circa 30 Minuten gehen lassen). Danach die erste Hälfte des Mehls dazugeben und einarbeiten. Salz dazugeben und anschließend die andere Hälfte des Mehls einarbeiten. Teig mindestens 15 Minuten mit den Händen kneten, bis die Oberfläche des Teigs glatt ist. Teig gut abgedeckt für eine Stunde ruhen lassen. Den Teig zu sechs gleich großen Bällchen formen; gut abgedeckt 16 bis 18 Stunden gehen lassen – zuerst im Kühlschrank, dann circa vier Stunden bei Raumtemperatur. Teigbällchen aus dem Behälter holen, vorsichtig mit den Händen die Luft aus der Mitte des Teigs in die Ränder drücken und Teig ausziehen (kein Nudelholz benutzen).

Tomatensauce auftragen, Pizza nach Belieben belegen. Die Pizza auf dem Foto haben wir nach dem Backen mit Basilikum, bunten Tomaten, Parmaschinken und Zucchinistreifen (mit Olivenöl etwa drei Minuten pro Seite grillen) belegt. Den Büffelmozzarella haben wir zwei Minuten mitgebacken.

Die Backzeit: Ein professioneller Ofen, der auf 450 Grad Celsius erhitzt werden kann, backt Pizza in eineinhalb Minuten. In einem Haushaltsbackofen kann das 15–20 Minuten dauern. Faustregel: Pizza so lange backen, bis der Teig ein goldenes Braun entwickelt. Guten Appetit!

Den Metaller Sebastian »Waldi« Maletzke haben wir in der metall 11/12 2021 vorgestellt.

Zutaten für 6 Pizzen

1000 g Pizzamehl (Typ 00)

1,5 g frische Hefe oder

0,5 g Trockenhefe

620 ml kaltes Wasser (bitte 620 g abwiegen)

25 g Salz

Für die Tomatensauce:

400 g Dosentomaten

5 g Olivenöl

5 g Salz

Belag nach Belieben,

zum Beispiel:

Schinken, Zucchini, Basilikum, Tomaten und Mozzarella

Dein Rezept

Hier könnte Dein Lieblingsrezept und dessen Geschichte stehen. Schick einfach eine E-Mail mit dem Stichwort »Rezept« an: metall@igmetall.de

Service

Hier kannst Du dich registrieren

Einige Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: igmetall.de/anmelden

Kinderkrankentage: Anspruch verlängert

Berufstätige Eltern, die sich wegen coronabedingter Einschränkungen an Kitas und Schulen von der Arbeit freistellen lassen müssen, können dafür Kinderkrankentage nehmen: igmetall.de/eltern

Deine Geschäftsstelle

Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten: igmetall.de/vor-ort

Hier wirst Du Mitglied

Hier kannst Du Mitglied werden: igmetall.de/beitreten

Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzdrukken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. metall@igmetall.de

Barrierefreies PDF

Du hast Lob, Kritik oder Verbesserungsvorschläge?
Ich freue mich auf Deine E-Mail!
fabian.hilgendorf@datagraphis.de

Impressum

Herausgeber: Jörg Hofmann, Christiane Benner, Jürgen Kerner

Beauftragte der Herausgeber: Silke Ernst (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift ,

Redaktion metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Chefredakteur: Mirko Kaiser

Redaktion:

Simon Che Berberich, Christoph Böckmann, Jan Chaberny, Dirk Erb, Martina Helmerich, Antonela Pelivan, Jacqueline Sternheimer

Art-Direktion: Gudrun Wichelhaus-Decher

Bildredaktion: Michael Henrizi

Sekretariat: Beate Albrecht

igmetall.de/metall

Angebot für Menschen mit Sehbehinderung

metall gibt es als barrierefreies PDF: metall@igmetall.de

Konzeption der Neugestaltung:

GROOTHUIS. Gesellschaft der Ideen und Passionen mbH, Hamburg

Vertrieb:

Thomas Köhler, Telefon: 069 66 93-22 24, Fax: 069 66 93-25 38, vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur, Pallaswiesenstraße 109, 64293 Darmstadt

Telefon: 06151 8127-100, infol@zweiplus.de

Druckvorstufe: datagraphis GmbH

Druck und Versand: Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

Papier:

metall erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier besteht aus einem nachhaltigen Fasergemisch aus regionalem Altpapier, Holzabfällen und Durchforstungsholz. Weitgehendes Vermeiden von fossilen CO₂-Emissionen bei der Herstellung des Papiers schützt das Klima.